

Berliner Tageblatt



Nr. 370

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 7. August 1926

Verlag von Rudol. Hoffe in Berlin.

Noch keine Entscheidung in Magdeburg.

Der Untersuchungsrichter hält an dem Verdacht gegen Rudolf Haas fest. — Beschluß der Beschwerdekammer voraussichtlich Montag.

Rölling läßt auf sich warten.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Magdeburg, 7. August.

Zeit heute vormittag 9 Uhr wartet der Landgerichtspräsident im Gerichtshaus in Magdeburg auf das Eintreffen des Untersuchungsrichters Rölling. Auch der Vorsitzende der Strafkammer, die ebenfalls über den Haftentlassungsantrag zu entscheiden hat, Landgerichtsdirektor Loewenhain, hält sich heute vormittag bereit, um sofort zur Verfügung zu stehen, falls Rölling eine Entscheidung für oder wider die Haftentlassung getroffen hat. Landgerichtsrat Rölling erschien ganz gegen seine sonstige Gewohnheit erst gegen 12 Uhr mittags am Landgericht. Auf Fragen der Verteidiger der drei Beschäftigten, ob er dem Haftentlassungsantrag der Oberstaatsanwaltschaft zustimme oder nicht, gab Herr Rölling eine ausweichende Antwort. Die Verteidiger haben eine schriftliche Erklärung gefordert, die zur Stunde noch nicht vorliegt.

Magdeburg, 7. August.

Angenehme Entscheidung über die Haftbefehle des Reichsbevollmächtigten des Rudolf Haas, Rechtsanwalt Braun, und des Anwaltes des Oberstaatsanwalts an den Untersuchungsrichter, die Beschäftigten Haas, Fischer und Reuter freizulassen, ist bis zum Mittag noch nicht getroffen. Wie berichtet, ist Rölling auch durch das Schändens, das Schröder vor den Berliner Kriminalbeamten abgelegt hat, keineswegs überzeugt und hält an dem Verdacht gegen Rudolf Haas fest. Man spekuliert deshalb damit, daß Rölling dem Haftentlassungsantrag, obwohl dieser jetzt auch durch die Autorität des Oberstaatsanwaltes unterstützt ist nicht stattgeben wird. Infolge dessen wird sich die Beschwerdekammer mit der Sache zu befassen haben. Die Entscheidung der Beschwerdekammer ist aber infolge der Verzögerung, die die Sache jetzt durch Röllings unerwartetes Verhalten erlitten hat, vor Montag nicht zu erwarten.

Auch die Rechtspresse rückt von Rölling ab. Sie haben es gleich gesagt.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Weimar, 7. August.

Auch die Thüringische Rechtspresse verläßt die einzig mögliche Folgerung aus dem Geständnis des Raubmörders Schröder zu ziehen und sich mit der dadurch geschaffenen Situation abzugeben. Die deutliche „Mitteldeutsche Zeitung“ in Weimar bezeichnet jetzt plötzlich die Selbstbestätigung Schröders als eine Bestätigung ihrer Meinung — die sie allerdings nie ausgesprochen hat —, daß der Magdeburger Untersuchungsrichter auf einer falschen Fährte war, und daß er den Untersuchungsplan falsch angelegt hatte, als er den Aussagen Schröders ungeprüft Glauben schenkte. Das ist allerdings kein unentschuldigbares Versehen, weil auch Richter Menschen seien, die Fehler machen. Daß die Magdeburger Justiz wohlgemeinte Ratsschläge abgewiesen, so sei dies ein unverzeihlicher Fehler; habe sie sich aber nur zur Wehr gesetzt gegen die bestimmte Absicht, in ihre Befugnisse als Untersuchungsbehörde einzugreifen, so sogar sie anzuschalten, dann sei sie nicht nur im Recht gewesen, sondern habe sogar ihre Pflicht zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Justiz erfüllt! Aber die Kriminalisten Eberling und Körffings hätten doch damit recht behalten, daß eine Anklage vom Rode durch Haas nicht in Frage kommt, sondern allein gemeiner Raubmord. Wenn nicht eine neue Wendung der Dinge eintritt, dann könnten sie sogar Triumphe feiern.

Spanien und der Völkerbund.

Ein Antrag auf Wiederaufnahme der Kaiserreformkommission

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 7. August.

Rechtung bringt im Daily Telegraph die Nachricht, daß die spanische Regierung im Völkerbund die vertretenen Regierungen erwidert hat, die Studienkommission für die Kaiserreform, die im März beantragt wurde, vorläufig zu einer neuen Zusammenkunft des Völkerbundes raten zu machen, sobald sie möglich wieder zusammenberufen. Diese Völkerbundskommission trat beauftragt in der ersten Maiwoche in Genf zusammen und nahm provisorisch die von Lord Robert Cecil gemachten Vorschläge an. Sie sollte dann im Juni wieder zusammentreten. Angesichts des drohenden Ausbruchs des Spanisch-Amerikaner Krieges und Spaniens aus dem Völkerbund beschloß aber der Rat, während seiner Zusammenkunft die Kommission nicht erneut einzuberufen, sondern ihren weiteren Zusammenkunft auf unbestimmte Zeit hinaus zu verschieben. Nun hat die spanische Regierung leicht wieder einen neuen Schritt in dieser Richtung unternommen, da sie jetzt anscheinend endgültig festzulegen wünscht, ob ihr Antrag auf einen

händigen Ratstag während der Septemberkonferenz angenommen werden wird oder nicht. Die Kommission wird wahrscheinlich am 28. August der Völkerbund tritt am 2. September und die Völkerbunderversammlung am 6. September zusammen, wieder einberufen werden.

Zu gewissen diplomatischen Kreisen mißt man dem neuen spanischen Schritt große Bedeutung bei und glaubt ihn als ein günstiges Zeichen für den Wunsch Spaniens, auch in Zukunft mit dem Völkerbund zusammenarbeiten zu wollen, auslegen zu dürfen. Andererseits sieht man dem Zusammentritt der Kommission in einigen Kreisen mit einer gewissen Beunruhigung entgegen. Vor allem befürchtet man, daß am Vorabend der Kaiserreform, Deutschlands in den Völkerbund, mit dem man hier nun allgemein rechnet, sich doch noch wieder Streitigkeiten im Rahmen dieser Kommission ergeben könnten.

Interessantes Wissen hat Spanien diesen Antrag bei dem Präsidenten der Studienkommission, dem Schweizer Motta, gestellt. Als die Kommission sich versagte, bekam Motta die Vollmacht, sie im Namen der mit dem Völkerbund wieder einzuberufen. Das wird nach dem spanischen Antrag jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach geschehen.

Die Republikanische Union und die Beamtenchaft.

von

(Nachdruck verboten.)

Corhard Vogt,

Vorsitzendem des Reichsausschusses der deutschen demokratischen Beamten.

Der Anruf des früheren Reichsanwalts Joseph Wirth und seine kürzlich im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Erklärungen dazu haben auch in der Beamtenchaft großes Interesse gefunden. Und man darf wohl sagen: in beiden Lagern, im republikanischen und im Lager der Reichsanwähler. Diese hatten in den letzten Jahren sehr geschickt manöviert, indem sie überall die Anknüpfung verbreiteten, die Beamtenchaft liege — von einigen ganz unerschütterlichen Ausnahmen abgesehen — rechts. Dieser hat auch die republikanische Presse wiederholt dies Schlagwort aufgegriffen, so daß man in der Öffentlichkeit mit dem Urteil über die politische Einstellung der Beamtenchaft oft irrt. Die Zahl der republikanisch eingestellten Beamten und Beamtinnen ist in Wirklichkeit nämlich erheblich größer, als selbst ausgesprochene Optimisten annehmen zu können. Sie tritt nur nicht zutage, weil, namentlich abwärts der Reichshauptstadt, von den rechts eingestellten Beamten, und vor allem von den hohen und höheren, ein starker Druck auf die Republikaner ausgeübt wird. Das zeigt sich in den kleinen Städten und auf dem Lande vielfach bis zur gesellschaftlichen Achtung. Man denke an den Ausspruch des Kultusministers Dr. Becker vom „Martyrium“ der republikanischen Volksschullehrer auf dem Lande, und man wird es menschenlich vielleicht entschuldigen finden, wenn unter solchen Verhältnissen republikanische Beamte ihre Leberzeugung nicht demonstrieren zur Geltung bringen, weil ihnen sonst ihr ganzes berufliches und außerbürokratisches Leben geradezu zur Hölle gemacht wird.

Meine zahlreichen Reisen in ganz Deutschland und die dabei mit Beamten aller Kategorien gepflegten Unterhaltungen haben mir gezeigt, daß sie sich schon seit Jahren nach einem republikanischen Bunde sehnen, der die Republikaner aller Parteien umschließt, der keine Organisation in alle Länder und Gänge unseres Vaterlandes hinausträgt und so diesen draußen schwer ringenden Menschen festen Boden unter den Füßen schafft. Die einzige, das ganze Land umfassende republikanische Organisation war bisher das Reichsbanner. Aber das Reichsbanner kann aus verschiedenen, in seinen Aufgaben, seiner Struktur und seiner Tätigkeit liegenden Gründen nicht die „republikanische Heimstätte“ werden, die hier gefordert wird. Man sieht sich noch nach einer anders gearteten, besonders auch große geistliche Aufgaben erfüllenden Organisation, die für den republikanischen Gedanken werben, ihn verteidigen, seine Prediger und Anhänger zusammenhalten soll. Der republikanische Reichsbund hätte diese Organisation sein sollen und sein können. Infolge innerer und personeller Schwächen hat er bisher die ihm gestellte Aufgabe nicht lösen können, und er wird sie auch kaum noch lösen können. Andere republikanische Organisationen — der Republikanische Richterbund zum Beispiel —, ebenso die Beamtenauschüsse der Parteien, haben ein zu eng umgrenztes Gebiet der Wirksamkeit, als daß sie die betreffende Lücke ausfüllen könnten.

So scheint nun Dr. Wirths Plan geeignet zu sein, die Lücke auszufüllen. Er wird daher im Lager republikanischer Beamter allgemein mit Freude aufgenommen werden, hier und da allerdings auch mit einiger Skepsis. Man zweifelt nämlich zunächst daran, ob zur Durchführung des großzügigen Vorhabens der notwendige „Schwung“ wirklich aufgebracht werden wird, und man fürchtet, daß die Schwächung der politischen Willenskraft, die ja auch Wirth selbst, schon so stark sei, daß selbst aufopfernde Arbeit nicht genügend willigen Boden mehr finden könnte. Doch diese Bedenken dürften unbegründet sein. Der immer stärker werdende Wunsch der Beamten, in ihrem Zusammenhange eine Gesamtheit für den inneren Frieden zu schaffen, wird die Zweifel und — was noch wichtiger ist — die Vorurteile eines besseren belehren.

Für die Beamtenchaft hege ich deshalb die größte Zuversicht, daß sie freudig mittun wird. Vielleicht nur zuerst die Führer, die ja, mit verschwindenden Ausnahmen, heute wie früher auf der Linken stehen, dann aber auch die Massen, denen die wirtschaftlichen Gedankengänge eine neue Hoffnung geben. Und zwar die Hoffnung auf eine weitere Verfestigung des „sozialen Gedankens“, auf Durchdringung der Republik mit demokratischem und sozialem Geist. Besonders die Massen der geringer besoldeten Beamten haben für die Republik noch nicht die innere Wärme aufbringen können. Nicht etwa, weil sie weniger Geld erhalten, sondern weil sie in der wirtschaftlichen, steuerlichen, gesellschaftlichen, besonders der Zeit, in der die Deutschnationalen in der Regierung waren, allzu wenig von dem sozialen Geist verhaften, der nach ihrer Auffassung nun eben einmal erst die Republik ausmacht. Republik muß „das Bessere“, muß Fortschritt sein, und das darf nicht bloß von den Rednertribünen heruntergerufen oder schon gedruckt in der Verfassung stehen, das muß jeder einzelne fühlen können. Daher haben diese Kreise der Beamtenchaft auch die Sorge vor einer Wiederkehr des Reichsbundes, der ihnen in seiner zehnjährigen Regierungszeit endlich einmal die Augen geöffnet hat. Auch deshalb findet Wirths Anruf sehr guten Boden in der Beamtenchaft.

Zur praktischen Durchführung ist aber insbesondere zu berücksichtigen. Man glaube nicht, daß „Republikanische Tage“, Massenveranstaltungen mit begeisterten Reden und be-